

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Ankündigungen reichen nicht

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1983) : Ankündigungen reichen nicht, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 5, pp. 210-211

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135793>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ankündigungen reichen nicht

In den letzten Monaten hat sich die Wirtschaftslage deutlich zu bessern begonnen, und dabei handelt es sich nicht lediglich um eine kurzfristige Sonderbewegung, sondern um einen konjunkturellen Anstieg. Dies ist ein Kernsatz aus dem jüngsten Gemeinschaftsgutachten der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute. Nach drei Jahren Stagnation und Rezession und nach wiederholten Enttäuschungen über nicht erfüllte Erwartungen auf Besserung müßte eine solche Diagnose eigentlich Erleichterung auslösen; doch daran scheint es weitgehend zu fehlen.

Dies läßt sich mit zwei ganz unterschiedlichen Ursachen erklären. Die eine ist nicht neu: In einem so frühen Stadium ist die günstigere Tendenz für die meisten Menschen nicht an den eigenen Verhältnissen spürbar, sie ist abstrakt. Das gilt besonders für die Beschäftigungschancen; die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt bessern sich nicht schon kurze Zeit nach einer konjunkturellen Wende. Die andere dagegen ist neu: Es gibt tiefe Skepsis darüber, ob es überhaupt zu einer nennenswerten Entlastung am Arbeitsmarkt kommen wird. Für die kurze Frist besteht auch nach dem Urteil der Institute keine Hoffnung. Die Unternehmen werden zunächst einmal Produktivitätsreserven nutzen und Kurzarbeit abbauen; außerdem hält die demographisch bedingte Zunahme der Zahl der Arbeitskräfte an. So wird die Arbeitslosigkeit im Laufe dieses Jahres sogar noch steigen, wenn auch zunehmend langsamer.

Auf kurze Sicht ist „Beschäftigungspessimismus“ also begründet; doch das war früher zu Beginn einer konjunkturellen Erholung nicht anders. Heute aber geht der Zweifel darüber weit hinaus; es wird die These vertreten, „der Aufschwung werde am Arbeitsmarkt vorbeigehen“. Wenn es eine Entwicklung geben sollte, die den Namen Aufschwung verdient – und das wäre nur bei einem nachhaltigen und relativ kräftigen Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität der Fall –, dann wäre das in der Tat noch keine Garantie für eine erhebliche Zunahme der Beschäftigung, sondern lediglich eine sehr gute Voraussetzung dafür.

Hinzu kommen müßte die Erfüllung einiger weiterer Bedingungen, damit die Entscheidung der Unternehmen, in welchem Umfang sie mehr Produktion mit Hilfe von zusätzlichem Kapital oder von zusätzlicher Arbeitskraft bewerkstelligen, stärker zugunsten der Arbeitskraft ausfällt. Diese Entscheidung wird keineswegs hauptsächlich von den technischen Möglichkeiten bestimmt, sondern mindestens ebensosehr von ökonomischen Faktoren; es kommt auf die Relation der Kosten der alternativen Produktionsfaktoren an. Dies ist der Grund, weshalb immer wieder für eine Politik zur Dämpfung der Arbeitskosten – und dabei vor allem auch für eine stärkere Differenzierung nach Branchen, Regionen und Qualifikationen – zu plädieren ist.

In welchen Proportionen sich eine wachsende gesamtwirtschaftliche Produktion in Produktivitätsanstieg einerseits und Beschäftigungsanstieg andererseits niederschlägt, ist also beeinflussbar. Dies wird in jenen Berechnungen völlig ignoriert – zumindest wird in unzulässiger Weise über das Ergebnis ein Vorurteil gefällt –, nach denen nur bei ziemlich hohen Wachstumsraten des realen Bruttosozialprodukts eine nennenswerte Zunahme der Beschäftigung erreichbar sei. Dabei wird unterstellt, daß die Produktivität auf jeden Fall kräftig steigt. Es gibt jedoch keinen Grund, dies für die einzig plausible Annahme zu halten; im Gegenteil, es gibt eine Reihe von Gründen, sie zu bezweifeln. Vor allem gilt: Je entschiedener die Lohn- und Sozialpolitik den Beschäftigungserfordernissen Rechnung trägt, desto größer wird der Beschäftigungseffekt künftigen Wirtschaftswachstums sein.

Mögen diejenigen, die „den Aufschwung am Arbeitsmarkt vorbeigehen“ sehen, wenigstens insoweit Recht behalten, als es einen regelrechten Aufschwung gibt; das ist durchaus noch nicht als gesichert anzusehen. Im Gemeinschaftsgutachten der Institute wird vielmehr festgestellt, daß die Bedingungen für einen sich selbst tragenden Aufschwung, in dem die Beschäftigung nachhaltig steigt, noch nicht erfüllt seien. Ein wesentlicher Grund liegt in der Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen: „Werden die wirtschaftspolitischen Weichen nicht entschiedener als bisher gestellt, wird man befürchten müssen, daß die wirtschaftliche Erholung schon im nächsten Jahr wieder ins Stocken gerät.“

Die Institute hatten Grund, sich sehr kritisch mit der bisherigen Wirtschaftspolitik der christlich-liberalen Koalition auseinanderzusetzen (ebenso kritisch wie mit der Politik ihrer Vorgängerin). Es gibt eine enorme Diskrepanz zwischen Ankündigung und tatsächlicher Politik. Die Regierung hat wenig getan, die von ihr proklamierte – dringend notwendige – Wende in Richtung auf Förderung der Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung in Maßnahmen umzusetzen. Das Mietrecht wurde zwar etwas liberaler gestaltet, einige Rahmenbedingungen für Investitionen wurden verbessert und die Elemente der Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung verstärkt. Doch es gab auch Maßnahmen, die „geradewegs in die alte, als falsch erkannte Richtung“ gingen, nämlich die Erhöhung von Mehrwertsteuer und Sozialversicherungsabgaben sowie die Erhebung der sogenannten Investitionshilfeabgabe; hier wurde mit dem Hin und Her um die Rückzahlung noch ein zusätzlicher Sündenfall begangen. Der Staat vergrößert erneut seinen Einfluß auf Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts – zu Lasten der Leistungsbereitschaft von Unternehmern und Arbeitnehmern.

Die Regierungserklärung vom 4. Mai hat an dem Befund, der die Institute zu innerer Kritik veranlaßte, nichts geändert. Sie brachte im wesentlichen die Wiederholung der bereits seit dem Koalitionspapier vom vergangenen Herbst bekannten Grundpositionen. Nun müssen endlich die Details kommen, in denen bekanntlich der Teufel steckt. Die Wende in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik darf sich nicht in Ankündigungen erschöpfen. Man braucht wirklich „mehr Markt und weniger Staat“, „mehr Leistungsanreiz und weniger Leistungsbe strafung“, „Stärkung von Innovation und Investition“, „Straffung der öffentlichen Aufgaben und Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben“ und manches mehr, was in den Programmen steht, wenn die Bedingungen des Wirtschaftens fundamental verbessert werden sollen. Es wäre ein schwerwiegender Irrtum, wenn aus der konjunkturellen Erholung geschlossen würde, daß die Funktionsbedingungen unserer Wirtschaft so ungünstig wohl doch nicht seien.

Die Mehrheit der Institute hat in ihrem Gemeinschaftsgutachten eine Reihe von konkreten Punkten genannt, an denen die Politik ansetzen müßte; sie betreffen die Kürzung und Umstrukturierung öffentlicher Ausgaben, die gezielte Senkung von Steuern und den Abbau von wirtschaftshemmenden Regulierungen. Einige dieser Punkte, z. B. die Forderung, Subventionen an die Landwirtschaft und an den Kohlenbergbau zu kürzen und zusätzliche Hilfen für Werften und Stahlindustrie zu unterlassen, sind mit dem Argument kritisiert worden, sie ließen die politische Durchsetzbarkeit außer acht. Was politisch durchsetzbar ist, stand aber noch nie als unverrückbares Datum fest. Vielmehr gilt es, sachlich als notwendig Erkanntem zur politischen Durchsetzung zu verhelfen. Von den Regierenden muß viel Mut gefordert werden, wenn sie ihre wirtschaftspolitischen Ziele erreichen wollen.